ZS-2088-I

ZEUGENSCHRIFTTUM

Name: SCHREIBER, Arno Schriftleiter	ZS Nr. 2088	Bd I	Vermerk:

katalogisiert Seite:
Sachkatalog:
Personen:

katalogisiert Seite:
Sachkatalog:
Personen:

katalogisiert Seite:
Sachkatalog:
Personen:

katalogisiert Seite:
Sachkatalog:
Personen:

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Z5-2088-2

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. 4653/71 | Best. Z5 2088
Rep. | Kat.

Fellbach, d. 15.10.1963

Gespräch mit Herrn ehem. Schreiber am 16.10.63

Herr Schreiber, Jahrgang 1897, war von Beruf Eisenbahner. Er trat 1923 zum erstenmal in die NSDAP in Döbeln/Sa. ein. Bei Neugründung der Partei 1925 erfolgte sofort sein Wiedereintritt. Er wurde am 1. Mai 1928 Kreisleiter in Chemnitz und behielt diese Stellung bis zum 2. Februar 1932.

Bei der Neugründung der Partei Anfang 1925 leitete Herr Schreiber die Ortsgruppe Waldkirchen/Erzgebirge. Man verschaffte sich sofort einen Überblick über Volksstimmung und leitete dann die Aufnahmeformulare nach Chemnitz. Zunächst hatte die Partei etwa 25 Mitglieder bei ca. 1600 Einwohner. Die Mitglieder waren meistens Handwerker, Angestellte und Arbeiter und hatten in der Verbotszeit auch schon vor 1923 meist irgendeinem Wehrverband oder völkischen Verband angehört.

In Sachsen dürfte bereits im Jahre 1925 die Gauleitung mit Mutschmann an der Spitze für das ganze Land wirksam geworden sein, obwohl die örtlichen Führer noch viele Jahre weitgehende Selbständigkeit besaßen. In Sachsen wurde auch die Autorität Hitlers und der Münchner Zentrale verhältnismäßig schnell anerkannt.

Bis zu den Reichstagswahlen 1930 waren die Ortsgruppen ausschließlich auf die Finanzierung durch die Mitglieder angewiesen. Dies führte dazu, daß manche Ortsgruppen, Kreise und ganz die Gaumeldungen neue Mitglieder bis zu 6 Monaten zurückhielten (z. B. in Leipzig), um sich dadurch eine weitere Einnahmequelle zu verschaffen, da die Beiträge dieser Neueingetretenen für diesen Zeitraum in voller Höhe bei der zuständigen Stelle verblieben. In größeren Ortsgruppen wurden zahlungskräftige Mitglieder in einem Opferring zusammengefaßt, dem sich verschiedentlich auch Andersgläubige der Partei anschließen, die nicht öffentlich bekannt werden wollten.

01

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-2088-3

Eine besondere Einnahmequelle waren die Versammlungen. Es wurde nicht mit Eintrittsgeld erhoben, dessen Höhe von der Anziehungskraft der Redner abhing, sondern am Schluss der Versammlung wurde gesammelt. Das Ergebnis dieser Sammlung betrug im allgemeinen noch einmal die Hälfte des Betrages, der als Eintrittsgeld eingenommen wurde. Herr Schreiber erinnert sich noch an eine Versammlung mit Göring am 5. Februar 1933 in Chemnitz. Die Sporthalle fasste etwa 16000 Menschen. Eintritt wurde 1.- Mark erhoben. Erwerbslose und Rentner zahlten weniger als die Hälfte dieses Betrages. Nach Abzug aller Unkosten, Göring verlangte kein Honorar, verblieben der schwerstbetroffenen Ortsgruppe Chemnitz noch ca 12000.- M. Reineinnahmen. Dies trug wesentlich zur Entschuldung bei.

1930 hatte die Ortsgruppe Chemnitz etwa 1800 Mitglieder. Bei sicherlich Völkischen Beobachters dürfte es in Chemnitz damals 1930 etwa 400 gegeben haben. Die "Nationale Sozialist" des Kampf. Verlages hatte 200 - 300, die Stürmer nur wenige Abonnenten. Von Chemnitz wurden zunächst noch 8 Landkreise für die Partei bearbeitet, die erst nach der Reichstagswahl 1930 selbständig wurden.

Die Zusammenarbeit mit Gregor Strasser war sehr gut. Strasser besaß viel Verständnis für die Sorgen und die Arbeit der Ortsgruppen und Kreise. Strasser hatte große Resonanz bei den Anhängern der Partei und fand auch starke Beachtung bei den politischen Gegnern. Im Sommer 1930 sollte es zu Verbindung von schon weit gediehenen Koalitionsverhandlungen Innenminister eingesetzt werden. Zu den dann gescheiterten Abschlussverhandlungen waren Hitler und Strasser mit Frick als Berater nach Dresden gekommen.

Nach Angaben Strassers, die er in einer rechtfertigenden Denkschrift zusammenstellte – Herr Schreiber hat diese Denkschrift im Frühjahr 1934 gelesen und ist in dieser Zeit auch mit Strasser zusammengekommen – hat Strasser die Verhandlungen mit v. Schleicher im Dezember 1932 mit Wissen und Einverständnis Hitlers geführt. Göring und Goebbels hatten

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ZS-2088-4

sich durch eine entscheidende Aussprache Hitlers mit Strasser schlichtet.

Die enge Verbindung Strassers mit den Parteiführern wurde von Ministerpräsident Heinz Held mit Misstrauen betrachtet. Gerade weil Ihres Ministerpräsidenten eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Parteidienststellen unmöglich machte, sah er mit Sorge auf das Verhältnis Strassers mit der Partei und der Bevölkerung. Was ansehene, das Ministerpräsident bei der Reichsleitung in München genoss, ist darauf zurückzuführen, dass er bestrebt war, allen finanziellen Anforderungen Münchens vor allem in Bezug auf eine regelmässige Abführung des Beitragsanteils nachzukommen.

Ende 1932 hatte die SA in der Stadt Chemnitz eine Stärke von 3000-4000 Mann. Die SS verfügte über ca 600 Mann. Die Stärke der Hitler-Jugend betrug etwa 1500-2000

Die Beziehungen zu staatlichen Stellen waren gut. Auch mit der Polizei wurde gut teilweise sogar sehr gut zusammengearbeitet. Unter der Polizei befanden sich viele Anhänger der Partei, allerdings waren nur wenige Beamte Mitglieder der Partei. Bei der Polizei machte sich die regelmässige Teilnahme der jüngeren Beamten der Bereitschaftspolizei an den nationalsozialistischen Versammlungen vorteilhaft für die Partei aus. In schwierigen Versammlungen, in denen damit zu rechnen war mit politischen Gegnern gerechnet wurde, war die Regelung getroffen worden, dass die beiden ersten Stuhlreihen mit Polizeibeamten besetzt wurden, die nun die Versammlung und Reden nun mit überwachten.

Beim SA Verbot, das auf verschiedenen Wegen bereits vorher bekannt geworden war, wirkte sich die Zusammenarbeit mit der Polizei besonders günstig aus. Mit Einverständnis des Polizeipräsidiums wurde die SA als "Wirtschaft" weitergeführt, denn auch ältere Parteimitglieder, die bisher nicht in die SA eintreten, traten. Die "Wirtschaft" erfüllte weiter die Aufgaben der SA und trat auch propagandistisch in die Öffentlichkeit auf. Der entschei-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

28-2088-5

kende Unterschied war, dass nicht die Hakenkreuzarmbinde sondern eine weiss-grüne Armbinde vom Rotschutz getragen wurde. Stark bei der Führung traten die politischen Leute in den Vordergrund, die SA Führung geriet in der Öffentlichkeit zurück.

Von der Führung aller politischen Gruppen wurde versucht, ein Zusammentreffen ihrer Anhänger und damit politische Zusammenstöße beim Aufstreten mit Propagandamärschen in der Öffentlichkeit zu verhindern. Trotzdem erfolgten immer wieder Auseinandersetzungen zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen oder Reichsbannerführern. Wenn nationalsozialistische Versammlungen in ~~Leipzig~~ Vororten und Stadtteilen stattfanden, die überwiegend von politischen Gegnern bewohnt waren, so marschierten die Versammlungsbesucher, die vorgesehenen Strecke entsprechend schweigend, unter Schutz der Polizei in das Stadtzentrum zurück. Dr. Goebbels, der nach einer Versammlung einen derartigen Zug beobachtete, hat Herrn Schreiber seine Anerkennung über dieses Verhalten ausgedrückt aber bemerkt, dass man dies in Berlin nicht machen könne.

Zusammenstöße, die auch in Chemnitz und Umgebung Opfer forderten, fanden meist nach den Versammlungen und in den Straßen, die marschierenden Kolonnen stattfanden. Sie vollzogen sich entweder durch die Kontrolle der gegnerischen Führung, die diese Zusammenstöße nicht wünschte, weil man ihre politischen Gegner zu gewinnen und zu überzeugen wollte. Stießen nun die Gegner zusammen, wurden sie zu Abgestoßen. Bei manchen Zusammenstößen dürfte es sich auch um Auseinandersetzungen persönlicher Differenzen gehandelt haben, die deshalb, weil sie von politischen Gegnern ausgetragen wurde, erst dadurch einen politischen Charakter bekamen.

Die Bedeutung und der Einfluss der Nationalsozialisten in Chemnitz kann auch daraus ersehen werden, dass bereits im Jahre 1930 eine

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-2088-6

Gespräch mit Herrn Schreiber

nationalsozialistische Volksschule gegründet würde.

Etwa 1936 traf Herr Schreiber zufällig in Dresden mit dem Innenminister der geschäftsführenden Landesregierung Dr. Richter, der pensioniert war, zusammen. Bei einem Gespräch über vergangene Zeiten betonte Dr. Richter die Legalität der Nationalsozialisten. Er könne sich eigentlich über die Jahre vor der Machtübernahme nicht beklagen, er habe bei den Nationalsozialisten viel Einsicht und Verständnis gefunden.

Um Dr. Richter die Zusammenarbeit zwischen Nationalsozialisten und Polizei durch die fortgesetzten Angriffe der sozialdemokratischen Presse und der kommunistischen Zeitungen schwer haben machte, er aber nichts gegen die von links angegriffenen Polizeibeamten unternehmen, hat er die damalige Einstellung wesentlicher Teile der sächsischen Polizei zum mindesten gedrückt.

Dr. Heinrich Bennecke

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-2088-7

Niederschrift der Unterredung des Kreisleiters von Chemnitz Arno Schreiber mit Herrn Dr. Heinrich Bennecke im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte am 16.10.1963, Balingen Schlossstr. 10

Herr Schreiber, Jahrgang 1897, war von Beruf Eisenbahner. Er trat 1923 zum ersten Mal in die NSDAP in Döbeln/Sa ein. Bei Neugründung der Partei 1925 erfolgte sofort sein Wiedereintritt. Er wurde am 1. Mai 1928 Kreisleiter in Chemnitz und behielt diese Stellung bis zum 7. Februar 1932.

Bei der Neugründung der Partei Anfang 1925 leitete Herr Schreiber die Ortsgruppe Waldkirchen/Zschopantal. Man verschaffte sich sofort eine Nummer des Völkischen Beobachters und leitete dann die Aufnahmeformulare nach München. Zunächst hatte die Partei etwa 25 Mitglieder bei ca. 1600 Einwohnern. Die Mitglieder waren meistens Handwerker, Angestellte und Arbeiter und hatten in der Verbotszeit auch schon vor 1923 meist irgendeinem Wehrverband oder völkischen Verband angehört.

In Sachsen dürfte bereits im Jahre 1925 die Gauleitung mit Mutschmann an der Spitze für das ganze Land wirksam geworden sein, obzwar die örtlichen Führer noch viele Jahre weitgehende Selbständigkeit besaßen. In Sachsen wurde auch die Autorität Hitlers und der Münchner Zentrale verhältnismäßig schnell anerkannt.

Bis zu den Reichstagswahlen 1930 waren die Ortsgruppen ausschließlich auf die Finanzierung durch die Mitglieder angewiesen. Dies führte dazu, daß manche Ortsgruppen, Kreise und Gaue die Anmeldungen neuer Mitglieder bis zu 6 Monaten zurückhielten (z.B. in Leipzig), um sich dadurch eine weitere Einnahmequelle zu verschaffen, da die Beiträge dieser Neueingetretenen für diesen Zeitraum in voller Höhe bei der zurückhaltenden Stelle verblieben. In größeren Ortsgruppen wurden zahlungskräftige Mitglieder in einem Opferring zusammengefaßt, dem sich vereinzelt auch Anhänger der Partei anschlossen, die nicht offiziell beitreten wollten.

./.

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. 4653/71 Best. ZS 2088
Rep. Kat.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-2088-8

Eine besondere Einnahmequelle waren die Versammlungen. Es wurde nicht ~~mit~~ nur Eintrittsgeld erhoben, dessen Höhe von der Anziehungskraft der Redner abhing, sondern nach Schluß der Versammlung wurde gesammelt. Das Ergebnis dieser Sammlung betrug im allgemeinen noch einmal die Hälfte des Betrages, der als Eintrittsgeld eingenommen wurde. Herr Schreiber erinnert sich noch an eine Versammlung mit Göring am 5. Febr. 1933 in Chemnitz. Die Sporthalle faßte etwa 10.000 Menschen. Eintritt wurde 1.-- Mark erhoben. Erwerbslose und Rentner zahlten weniger als die Hälfte dieses Betrages. Nach Abzug aller Unkosten, Göring verlangte kein Honorar, verblieben der schwerverschuldeten Ortsgruppe Chemnitz noch ca. 12.000.- M. Reineinnahmen. Dies trug wesentlich zur Entschuldung bei.

1930 hatte die Ortsgruppe Chemnitz etwa 1.000 Mitglieder. Bezieher des Völkischen Beobachters dürfte es in Chemnitz Anfang 1930 etwa 400 gegeben haben. Der "Nationale Sozialist" des Kampf-Verlages hatte 200-300, der Stürmer nur wenige Abonnenten. Von Chemnitz wurden zunächst noch 8 Landkreise für die Partei bearbeitet, die erst nach der Reichstagswahl 1930 selbständig wurden.

Die Zusammenarbeit mit Gregor Strasser war sehr gut. Strasser zeigte viel Verständnis für die Sorgen und die Arbeit der Ortsgruppen und Kreise. Strasser hatte große Resonnanz bei den Anhängern der Partei und fand auch starke Beachtung bei den politischen Gegnern. Im Sommer 1930 sollte er in Verbindung von schon weit gediehenen Koalitionsverhandlungen Innenminister in Sachsen werden. Zu den dann gescheiterten Abschlußverhandlungen waren Hitler und Strasser mit Frick als Berater nach Dresden gekommen.

Nach Angaben Strassers, die er in einer rechtfertigenden Denkschrift zusammenstellte - Herr Schreiber hat diese Denkschrift im Frühjahr 1934 gelesen und ist in dieser Zeit auch mit Strasser zusammengekommen - hat Strasser die Verhandlungen mit v. Schleicher im Dezember 1932 mit Kenntnis und Einverständnis Hitlers geführt. Göring und Goebbels hatten sich dazwischengeschaltet und eine entscheidende Aussprache Hitlers mit Strasser verhindert.

./.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-2088-3

Die enge Verbindung Strassers mit den Parteiführern wurde von Mutschmann mit Mißtrauen betrachtet. Gerade weil das Wesen Mutschmanns ihm eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Parteidienststellen unmöglich machte, sah er mit Mißgunst auf das Verhältnis Strassers mit der Partei und der Bevölkerung. Das Ansehen, das Mutschmann bei der Reichsleitung in München genoß, ist darauf zurückzuführen, daß er bestrebt war, allen finanziellen Anforderungen Münchens vor allem in bezug auf eine regelmäßige Abführung des Beitragsanteils nachzukommen.

Ende 1932 hatte die SA in der Stadt Chemnitz eine Stärke von 3.000 - 4.000 Mann. Die SS verfügte über ca. 600 Mann. Die Stärke der Hitler-Jugend betrug etwa 1.500 - 2.000.

Die Beziehungen zu staatlichen Stellen waren gut. Auch mit der Polizei wurde gut, teilweise sogar sehr gut zusammengearbeitet. Unter der Polizei befanden sich viele Anhänger der Partei, allerdings waren nur wenige Beamte Mitglieder der Partei. Bei der Polizei wirkte sich die regelmäßige Teilnahme der jüngeren Beamten der Bereitschaftspolizei an den nationalsozialistischen Versammlungen vorteilhaft für die Partei aus. In schwierigen Versammlungen, in denen mit Zusammenstößen mit politischen Gegnern gerechnet wurde, war die Regelung getroffen worden, daß die beiden ersten Stuhlreihen mit Polizeibeamten besetzt wurden, die nun die Versammlung und Reden unmittelbar erlebten.

Beim SA Verbot, das auf verschiedenen Wegen bereits vorher bekannt geworden war, wirkte sich die Zusammenarbeit mit der Polizei besonders günstig aus. Mit Einverständnis des Polizeipräsidiums wurde die SA als "Notschutz" weitergeführt, dem auch ältere Parteimitglieder, die bisher nicht in der SA waren, angehörten. Der "Notschutz" erfüllte weiter die Aufgaben der SA und trat auch propagandistisch in der Öffentlichkeit auf. Der entscheidende Unterschied zur SA war, daß nicht die Hakenkreuzarmbinde sondern eine weißgrüne Armbinde vom Notschutz getragen wurde. Auch bei der Führung traten die politischen Leiter in den Vordergrund, die SA Führung jedoch in der Öffentlichkeit zurück.

./.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-2088-10

Von der Führung aller politischen Gruppen wurde versucht, ein Zusammentreffen ihrer Anhänger und damit politische Zusammenstöße beim Auftreten wie Propagandamärschen in der Öffentlichkeit zu verhindern. Teilweise erfolgten unmittelbare Absprachen zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen-oder Reichsbannerführern. Wenn nationalsozialistische Versammlungen in Vororten und Stadtteilen stattfanden, die überwiegend von politischen Gegnern bewohnt wurden, so marschierten die Versammlungsbesucher, der vorgerückten Stunde entsprechend schweigend, unter Schutz der Polizei in das Stadtzentrum zurück. Dr. Goebbels, der nach einer Versammlung einen derartigen Zug beobachtete, hat Herrn Schreiber seine Anerkennung über dieses Verfahren ausgedrückt aber bemerkt, daß man dies in Berlin nicht machen könne.

Zusammenstöße, die auch in Chemnitz und Umgebung Opfer verursachten, fanden meist nach den Versammlungen und der Auflösung der marschierenden Kolonnen statt. Sie vollzogen sich außerhalb der Kontrolle der verantwortlichen Führung, die diese Zusammenstöße nicht wünschte, weil man die politischen Gegner ja gewinnen und überzeugen wollte. Schlug man die Gegner zusammen, wurden sie ja abgestoßen. Bei manchen Zusammenstößen dürfte es sich auch um die Austragung rein persönlicher Differenzen gehandelt haben, die deshalb, weil sie von politischen Gegnern ausgetragen wurde, erst dadurch einen politischen Charakter bekamen.

Die Bedeutung und der Einfluß der Nationalsozialisten in Chemnitz kam auch dadurch zum Ausdruck, daß bereits im Jahre 1930 eine nationalsozialistische Volkshochschule gegründet wurde.

Etwa 1936 traf Herr Schreiber zufällig in Dresden mit dem Innenminister der geschäftsführenden Landesregierung Dr. Richter, der pensioniert war, zusammen. Bei einem Gespräch über vergangene Zeiten betonte Dr. Richter die Loyalität der Nationalsozialisten. Er könne sich eigentlich über die Jahre vor der Machtübernahme nicht beklagen, er habe bei den Nationalsozialisten viel Einsicht und Verständnis gefunden.

./.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-2088-11

Da Dr. Richter die Zusammenarbeit zwischen Nationalsozialisten und Polizei durch die fortgesetzten Angriffe der sozialdemokratischen Presse und der kommunistischen Zeitungen erfahren haben müßte, er aber nichts gegen die von links angegriffenen Polizeibeamten unternahm, hat er die damalige Einstellung wesentlicher Teile der sächsischen Polizei zum mindesten geduldet.

Dr. Heinrich Bennecke

(Dr. Heinrich Bennecke)

Institut für Zeitgeschichte-Archiv